

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der in voraus zu entrichtende Bezugspreis für ein Vierteljahr beträgt 3,50 Goldmark. Bezugsbedingungen sind stets nur die Freiliegung für die kommende Woche zulässig. Einmal der Anzeigen-Annahme: zehn Tage vorzeitig.

Die Anzeigen werden nach Reihen-Zeilen berechnet; die Preise sind freibleibend. Belegzettel: Diese Prosumente 10 aus dem Ausgabe-Nachdruck 17. Schriftproben: Nummer 7431. Druck-Fabrik: „Gemeinschaft Halle'sche“, Druck-Redaktion: Postfach 100, Halle a. S. Postfach-Nummer: Leipzig Nr. 4079. Erscheinungsort u. Vertriebsort: Halle a. S.

Die Aussichten der Goldnotenbank.

Eine Rede Dr. Schachts.

Der Kaiserliche Druck in Landwirtschaft und Industrie.

Reinsberg, 8. Februar. Reichsbankepräsident Dr. Schacht hielt gestern anlässlich der landwirtschaftlichen Woche in Reinsberg einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, in dem er u. a. ausführlich: Die ganze Entwicklung der letzten Jahre auf dem Wirtschaftsgebiete hat auch die Landwirtschaft auf das schwerste getroffen. Im Anfang der Inflationsentwicklung sah die Landwirtschaft zwar aus dieser Entwertung im großen Umfang Nutzen, namentlich ganz die Bodenverbesserung zurück. In der fortschreitenden Entwicklung der Inflation kam aber ihre verheerende Wirkung nirgends so hart zum Ausdruck, wie in der Landwirtschaft. Zwei wesentliche Momente sind es, die der Rentabilität in ihrer Gesamtheit nachteilig haben. Es ist der Umstand, dass heute von keinem Quantitätsskredit an die Wirtschaft anders als auf wertbefähigter Basis gegeben werden, was die Auszahlung der Spekulation zur notwendigen Folge gehabt hat. Als zweites Moment kann die Tatsache verzeichnet werden, dass weder Reichsbank noch Rententag an die Reichsregierung Kredite geben dürfen, die außerhalb der festgelegten 1200 Millionen Markt stehen. Auch sonst ist die Rentabilität von den Bedürfnissen des Reiches vollständig losgelöst. Nachdem der Staat darauf angewiesen ist, sich selbst zu finanzieren, ist eine steuerliche Belastung einzusetzen, wie sie ähnlich wohl noch niemals in einem anderen Staat erlebt wurde.

Was heute den einzelnen Betrieben zugemutet wird, ist einmal, was nur erfolgreich sein kann, die eine ganz kurze Zeitspanne. Unsere Wirtschaft ist heute so hart bedrückt auf ihrer letzten Gebiete, daß eine grundsätzliche Wende nur unter ganzem wirtschaftlichen, wie auch unterer Verhältnis zum Ausland eintritt muß.

Was insbesondere die Landwirtschaft anlangt, so ergibt eine Berechnung, die wir auch dem Expertenkomitee vorgelegt haben, daß die heutige Belastung des Reiches und Bundesbesitzer einschließlich der Rentenbankleistungen ungefähr etwas mehr als die Hälfte des Reinertrages der Landwirtschaft ausmacht. Der Kredit im besonderen der deutschen Landwirtschaft abzuheben, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die heute heute bedingungslos hat. Ich kann erklären, daß ich für die Reichsbank als das Zentralinstitut infolge dieser Notwendigkeit in vollem Umfang anerkannt. Der Rechner kam jedoch auf die Errichtung einer Goldnotenbank zu sprechen. Die Rentenbank muß in absehbarer Zeit durch ein Zahlungsmittel ersetzt werden, das wir auch im Verkehr mit dem Ausland annehmen können und das die ganze Welt nach sich zieht. Ich sehe dieses Zahlungsmittel nur auf Gold setzen. Die Sicherheit der neu zu errichtenden Bank muß einmal gesichert werden gegen Zugriff der Entente und dann muß auch das materielle Risiko ausgeschlossen werden, d. h. die neue Bank darf nur ihre Kredite auf Goldbasis geben. Seit vielen Monaten kämpfe ich für die Errichtung dieser Goldnotenbank, die nur in engster Zusammenarbeit mit der Reichsbank und der Rentenbank errichtet werden kann.

Wegen der Errichtung dieser Bank bin ich auch nach London gereist und habe dort Verhandlungen aufgenommen. Dabei gewann ich den Eindruck, daß unsere währungs- und politische Situation im Ausland durchaus richtig verstanden wird und daß die Notwendigkeit zur Errichtung einer solchen Bank gesehen wird.

Bei den Verhandlungen, die mit uns in wirtschaftlichen Verkehr stehen und ein gewisses Ziel verfolgen, hat die Reichsbank die Goldnotenbank auch mit Goldkapital zu helfen. Mitten aus diesen Verhandlungen heraus bin ich vor das Expertenkomitee nach Paris gerufen worden und habe dort meine Gedankenäußerung niedergelegt. Bei einem Teil habe ich die lebhafteste Zustimmung gefunden. Ein anderer Teil hat erklärt, daß es nicht angehe, eine Goldnotenbank zu errichten, die die währungs- und politischen Verhältnisse Deutschlands zu schaffen, sondern daß man eine definitive Goldwährung für den Innen- und Außenverkehr schaffen müsse. Ich habe darauf den Herren immer nur eines erwidert: Im Grundlag bin ich mit Euch einig, daß wir diese Goldwährung in Deutschland einmal wieder haben müssen, und ich frage mich, wenn Ihr helfen wollt zu einer solchen Währung. Ich glaube sogar, daß es Euch gelingen wird, in wenigen Wochen zu einem abschließenden und einheitlichen Ratum in dieser Richtung zu gelangen, in dem Bericht, den Ihr an die Reparationskommission erstattet werdet.

Was was dann aus diesem Bericht werden wird, darüber sag das Expertenkomitee keine am Mittelbaren Aufschluß zu. Ich habe nach meinen bisherigen Erfahrungen mich für annehmen, daß Monate dahingehen werden bis aus dem Bericht ein einheitlicher Beschluß der alliierten Regierungen herauskommen wird, den die deutsche Regierung annehmen kann. Bis dahin zu warten, haben wir nicht die Zeit.

Wir brauchen für die Wiederbelebung unserer deutschen Industrie Goldkredite und neues Goldkapital, damit sie im internationalen Kampf wieder stehen kann. Wir müssen unter allen Umständen unsere Reparationsquellen wieder bis 1926 festleistungsfähig gestalten, um aus unserer gegenwärtigen entsetzlichen Lage herauszukommen. Ich habe versucht, den Herren bereitwillig zu machen, daß auf diesem Wege auch für die Reparationen überaus etwas aus Deutschland herauszuholen ist. Wenn ich diesen Gedanken nicht Rechnung tragen können, dann werden wir neben an einer weiteren Währungsreform leben können, noch werden die Alliierten auch nur einen geringen Reparationen weiter aus Deutschland beziehen; mit anderen Worten: Ich hoffe, daß die Einheit auf der anderen Seite groß genug ist, um diese Bestrebungen auf die Errichtung einer Goldnotenbank. Die einstimmig vom Reichsbankdirektorium und vom Reichsbankrat gebilligt werden nicht aufzuheben zu machen, sondern uns damit endlich das Instrument in die Hand zu geben, das uns gestattet, durch Arbeit wieder voranzukommen.

Berlin, 8. Februar. Die erste Sachverständigenkommission beauftragt, am Mittwoch Berlin zu verlassen. Die Unterkommission für den Reichsbankdirektorium wird am Freitag in Leipzig zusammenkommen. Auf der Tagesordnung stand das sogenannte „historisch-wirtschaftliche Goldnotenbankprojekt“, über das nach

wie vor Kriegenszeiten stillschweigend demarkt wird, obgleich die in- und ausländische Welle sich bereits mit den Details beschäftigt. Heute normierte 11 Uhr fand eine Sitzung des ersten Interaktionsausschusses für Währungsfragen statt, an der der Reichsbankepräsident Dr. Schacht teilnahm.

London, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet, daß der erste (Budget-) Interaktionsausschuss des Dames-Komitees zwei Grundzüge festgelegt haben soll, nämlich:

wenn Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen solle, müßten Vorkredit und Rheinland in die volle wirtschaftliche Kontrolle und unter die Verwaltung Deutschlands zurückgegeben werden, ferner müßten die deutschen Zölle erheblich erhöht und einer internationalen Finanzkontrolle unterworfen werden.

Klappen für die 3. Steuernotverordnung.

Beratung im Reichsrat und Fünfschneeraussschuß. Die oppositio-

Die Ausschüsse des Reichsrates saßen am Donnerstag die Beratungen über die dritte Steuernotverordnung fort. Die Regelung des Steuerausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden nahm den breiten Raum in den Erörterungen ein und rief lebhafteste Meinungsverschiedenheiten hervor. Es wurden zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Allerdings werden die Ausschüsse im Reichsrat als auch des Reichsrats von der Regierung nur gutwillig gehört, so daß das Kabinett an ihre Beschlüsse nicht gebunden ist. Grund des Ermächtigungsgesetzes selbständig entscheidet. Die Reichsausschüsse haben die Beratungen im wesentlichen am Donnerstag zu Ende geführt.

Auch bei den Parteien des Reichstags sind, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, die Widerstände gegen die von der Regierung vorgelegten Maßnahmen sehr groß. Nachdem die Sozialdemokraten und die Demokraten ihre Stellungnahme bereits präzisiert haben, sollen jetzt auch die Deutschnationalen und die Kommunisten — natürlich aus verschiedenen Motiven — einsehlicher sein, die Verordnung im wesentlichen nach dem Ablehnungsantritt des Reichstags zu Fall zu bringen.

Im Fünfschneeraussschuß des Reichstags wurde gestern gleichfalls die dritte Steuernotverordnung behandelt. Reichsfinanzminister Dr. Lütjers vertrat sich über die Gründe, die zur Aufstellung der dritten Steuernotverordnung geführt haben. Reichsjustizminister Dr. C. M. Inger gab eine Erklärung ab, in der es heißt: Nach dem Ermächtigungsgesetz vom 8. Dez. 1923 sind die Grundbesitzer dieses Reiches erlittenen Verordnungen der Reichsregierung anzuhängen, wenn der Reichstag oder der Reichsrat dies verlangen. Dieses Recht des Reichstags ist zeitlich unbeschränkt; es findet also auch mit dem Ablauf der Reichsregierung im Ermächtigungsgesetz erteilten Ermächtigung kein Ende. Der Reichstag ist deshalb auch nach dem 15. Febr. d. J. berechtigt, in zwei Sitzungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens drei Tagen liegen muß — und zwar unabhängig vom Reichsrat — die Aufhebung zu verlangen. Das Aufhebungsverlangen kann sich jedoch nur gegen eine Verordnung als Ganzes richten. In diese Ausführungen schloß sich eine eingehende Aussprache. Abschn. behandelte der Ausschuß bezüglich der Artikel I (Aufwertung) und II (öffentliche Anteile) der dritten Steuernotverordnung in die in die letzte Beratung eingebracht, sondern die Regelung der darin behandelten Gegenstände dem Reichstagsrat unter abschließender Vorlegung eines Gesetzentwurfs durch die Reichsregierung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu überlassen. Hierzu erklärte Reichsfinanzminister Dr. Lütjers:

daß der eben gefasste Beschluß die Reichsregierung von der durch das Ermächtigungsgesetz übertragenen Verantwortung freisetzt. Es ist jedoch nicht abzusehen, ob die Verordnung, nachdem die Mehrheit des Reichstags das zuständige Reichsausschusses erfolgt ist, auch insoweit erlassen müßte, als der letzten mitgeteilte Beschluß die Beratung im Fünfschneeraussschuß beendet hat.

Zu dem Beschluß des Fünfschneeraussschusses über die dritte Steuernotverordnung in Bezug auf die Aufhebung der Aufwertungsfrage und der Behandlung der öffentlichen Anteile an die ordentliche Gesetzgebung erließen wir aus parlamentarischen Kreisen, daß die Regierung entschlossen ist, auf jeden Fall die Notverordnung zu erlassen, daß aber noch verhandelt soll, im Wege von Kompromißverhandlungen zu einer Einigung zu gelangen.

In der Fraktion der Deutschen Volkspartei am Donnerstag wurde der Beschluß des Reichstags über die dritte Steuernotverordnung in Bezug auf die Aufhebung der Aufwertungsfrage und der Behandlung der öffentlichen Anteile an die ordentliche Gesetzgebung erlassen. Die Fraktion verurteilt aber auf das entschiedenste den Weg, der in der dritten Steuernotverordnung vorgesehen ist. Insbesondere man man die Meinung, daß die Hypothekenaufwertung nur auf dem Wege des Gesetzes, nicht der Verordnung, erfolgen dürfe.

Berlin, 8. Februar. Die Reichsregierung hat in Ergänzung der dritten Steuernotverordnung dem Reichsrat einen Antrag zu geben lassen, in dem die Besteuerung der Geldwertvermehrungsgewinne bei unbesicherten Grundbesitzern wenigstens in den Umständen folgendermaßen geregelt wird: Danach soll die Steuer höchstens am 1. Nov. 1925 erhoben werden und den Ländern zuzuteilen. Die Steuererläge sind, wie bei der Steuer auf Obligationen 2 Proz. bei nicht zurückgezahlten resp. 12 Proz. bei zum 31. Dez. 1923 zurückgezahlten Hypotheken. Die Erhebung erfolgt in fünf Jahresraten von 24 Proz.

Enthüller Lloyd George.

Die große Entzänfung für London und Paris.

Seit einigen Tagen kommt Lloyd George, der bisher nur durch seine ausserordentliche Sprachgewandtheit und Wandelbarkeit riefelhaft war, der Welt dieser geheimnisvoll. Er weiß etwas, das eben etwas erfahren, verstanden er mit machend aufgehobenem Zeigefinger. Sie haben ihn, den Unschuldigen und Wohlmeinenden, der kommenden Unheil vorausah, betrogen und betrogen. Nämlich Wilson, der gerade jetzt tot ist und nicht mehr widerprechen kann, und Clemenceau, der Zeitraute, der deswegen auch an Gedächtnis- und Leidem leiden muß, jedenfalls für die Zukunft nicht mehr in Betracht kommt. Einigermassen dürfte ist die Geschichte, wie der damals angeblich Belgien jetzt noch vollen vier Jahren die Wahrheit erfahren haben will. Durch Briefwechsel, die ihm Gott weiß wie in die Hände gelangt sein sollen. Wer soll es getan haben und wenn sollte damit ein Gefallen gefehert? Keiner selbst es ganz so aus, als ob die Entzänfung nur ihm selbst. Auch Lloyd George, auch kommt. Er ist in die dunkle Erde der britischen Volkstier verwandelt und möchte nur zu gern hinaus, um wieder in seiner bekannten ruhigen Frische zu wirken.

In Paris und London hat man ebenfalls eine Entzänfung. Die wie ein Ball zwischen der Presse der beiden Städte hin- und hergeworfen wird. Im den Kampf, der um diese Entzänfungen herum in England und Frankreich losgegangen ist, zu begreifen, muß man sich wenigstens einigermassen das politische Milieu jener Tage ins Gedächtnis rufen. Der Zwischenfall spielt in der kritischsten Zeit der Pariser Konferenz, als Wilson langjam merkte, daß er den Boden unter den Füßen vollständig verloren und sich deshalb seinen Präsidentenposten aus Amerika kommen ließ, um wenigstens mit seiner ungnädigen Übereize zu drohen. Gleichzeitig machten in England die Franzosenfreunde mobil, um Lloyd George zu einem Nachgeben den französischen Wünschen gegenüber mürbe zu machen. Im April 1919 mußte Lloyd George Hals über Kopf nach London, weil ihm auf den Einfluß Lord Northcliffe's, des Besitzers der „Times“, hin, mehr als dreihundert Mitglieder des Unterhauses einen Brief geschrieben hatten, worin sie ihm mit keinem Sturz drohten, falls er die französische Diplomatie im Stiche ließe. Er war auch in diesem Falle der überlegene Taktiker und lehrte als innerpolitischer Sieger nach Paris zurück; fand aber hier insofern eine veränderte Lage vor, als Clemenceau Herrn Wilson befreitragungen und dessen Zustimmung zu den französischen Forderungen erwirkt hatte, so daß auch Herrn Lloyd George, wie er behauptet, nichts anderes übrig blieb, als sich den gegebenen Verhältnissen zu fügen.

Worum es sich damals handelte, wissen wir sehr: Clemenceau hatte die Absicht Lloyd Georges von Paris dazu bewegen, um Wilson zu veranlassen, ein französisches Militärgeschick an Frankreich, sondern auch mit der Befreiung des linken Rheinufers durch die Alliierten einverstanden erklärte. Während Lloyd George von vornherein darauf aufmerksam gemacht haben will, daß die Befreiung des linken Rheinufers die dauernde Unterminierung nicht nur des europäischen Friedens, sondern auch der deutschen Finanzkraft bedeutet. Er kritisch Geheimdokumente vorliegen, müssen wir abwarten. Herr Tardieu bestreitet es. Vorläufig scheint es so, als ob Lloyd George die Korrekturen des französischen Gebühres in die Hand bekommen hat und aus ihnen den Versuch einer amerikanisch-französischen Verschönerung herausläßt. Wenn er aber noch weiteres Material in Händen hat, wird er es schon nicht loslassen. Der Kampf um das Ruhrgebiet ist die erste Probe auf das Exempel des Versailles Vertrages. Was England von diesem „Friedensvertrag“ gehabt hat, ist bisher nur Steuerdruck und Arbeitslosigkeit, kein Wunder, daß sich deswegen die Erregung gegen Lloyd George richtet, der für diesen Vertrag mitverantwortlich ist. Lloyd George kämpft also um seine Stellung in der Geschichte, aber auch in der Tagespolitik, wenn er die Verantwortung für alles, was damals geschah, noch sich abzumalen mag und nur den Franzosen doppeltes Spiel vormerkt; was sogar sein, daß er sich, bevor er seinen Vorstoß unternimmt, auch mit Macdonald in Verbindung gesetzt hat. Jedenfalls wird die Pressekampagne, die hier begonnen hat, sobald nicht aufhören.

Sie hat für uns das Gute, daß wir daraus wohl noch mancherlei Regepte jener geschichtlichen Ereignisse erfahren werden, für die Welt das Gute, daß sie sieht, wie mit den europäischen Frieden in Versailles Schuldübergeben worden ist. Das ist aber auch alles, daß sie nämlich erneut bestätigt, wie die Versailles Verhandlungen, genau wie die Verhandlungen irgend eines der beruflichen Angreifer, die Frieden stiften sollten und Unfrieden stiften, ein großer Nachteil waren, auf dem jeder kein Geschäft machen wollte, auch in Versailles und in Versailles. Nachzügler, Nachzügler und Aufhänger allezeit, vertraut und gebillt auf die Kritik dieser erhaschten Verträge: nachdem sie sich vorher beim Abmachen der Pariser Verträge und schäudernd nach Möglichkeit abgehandelt und einander nach Kräften bemogelt haben, gilt der Handshake und er ist so gut wie Brief und Siegel. Diese geheiligte Sitte hat Lloyd George durchbrochen, um selber selbst wollen, nicht der politischen Reintlichkeit wegen.

Ka-ri-Weinstuben

Halle a. S. :: Leipziger Strasse 52

